

MSG Moderne Stadtgeschichte, Bd. 55/2 (2024), 63-84

DOI: 10.60684/msg.v55i2.47

Oliver von Wrochem

*Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer
der NS-Verbrechen*

Hamburg als Handelsmetropole und sein Gedenken an die NS-Verbrechen

MSG Moderne Stadtgeschichte

ISSN: 2941-6159 online

<https://moderne-stadtgeschichte.de>

Dieses Werk steht unter der [Lizenz Creative Commons Namensnennung 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/).
Bei den Abbildungen sind eingeschränkte Lizenzformen möglich, Weiternutzungsrechte
sind gesondert abzuklären.

© Oliver von Wrochem 2024



Oliver von Wrochem

Hamburg als Handelsmetropole und sein Gedenken an die NS-Verbrechen

The present article discusses how public remembrance of the Nazi crimes has developed in the city-state of Hamburg. This remembrance was initially promoted by the survivors and later by civil society, culminating in the urban, state-supported, diverse culture of remembrance and memorial landscape of the present day. The focus is on central groups of actors within the culture of remembrance and the various topics and concerns that have mattered to them. The work of the local memorials has consisted of conveying general characteristics of National Socialist rule via its local manifestations and groups of perpetrators, resisters, and persecutees. At the same time, current political developments and social upheavals impact this memorial work and change the way the Nazi era is dealt with. The article also draws attention to some rather neglected aspects, in particular the interaction between state and private companies in realizing the goals of the Nazi regime, processes of inclusion and exclusion, and Hamburg's handling of its colonial heritage.

1. Hamburg als Handelsmetropole und seine Beteiligung an NS-Verbrechen 1933-1945

Auch in Hamburg als zweitgrößter Stadt des „Altreichs“ setzten bereits kurz nach der nationalsozialistischen Machtübernahme im Frühjahr 1933 die Gleichschaltung der öffentlichen Verwaltung und die Verfolgung all jener gesellschaftlichen Gruppen ein, die nicht als Teil der zu formierenden „Volksgemeinschaft“ galten. Schon bald entstand ein dichtes Netz an Orten und Institutionen von Verfolgung und Täterschaft. Die wirtschaftlichen Eliten waren früh bereit, dem NS-Regime zuzuarbeiten.¹

Im Zuge der Entscheidung, Hamburg als Stadt des Handels und „Tor zur Welt“ zur „Führerstadt“ mit repräsentativen Bauten am Elbufer zu erheben, wurde 1938 das KZ Neuengamme errichtet. Es handelte sich zunächst um ein Außenlager des KZ Sachsenhausen für die benötigte Ziegelproduktion. Die Stadt Hamburg war Initiatorin der Gründung und Vertragspartnerin des SS-ei-

¹ Vgl. zu diversen Aspekten der Geschichte Hamburgs während des Nationalsozialismus: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hrsg.), Hamburg im „Dritten Reich“, Göttingen 2005. Diese Ausarbeitung geht auf einen langjährigen Austausch mit Detlef Garbe zurück, dem ich für sein Vertrauen danke. Für die Durchsicht des vorliegenden Beitrags gebühren ihm und Iris Groschek ebenfalls mein herzlicher Dank.

genen Betriebs Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH. Das Lager in Neuengamme entwickelte sich nach Verselbständigung durch die Inspektion der Konzentrationslager ab 1940 zum größten eigenständigen KZ in Nordwestdeutschland mit insgesamt mehr als 100.000 Häftlingen und über 85 Außenlagern. Die KZ-Häftlinge arbeiteten in den letzten beiden Kriegsjahren zunehmend in den über Nordwestdeutschland verteilten Außenlagern in kriegswirtschaftlich wichtigen Bereichen, wobei annähernd die Hälfte aller Gefangenen nicht überlebten.²

Städtische und private Unternehmen profitierten in diesen Jahren ganz wesentlich von der Ausbeutung diverser Gruppen von Zwangsarbeiter*innen, KZ-Häftlingen und Kriegsgefangenen,³ aber auch von der „Arisierung“ der jüdischen Unternehmen und des jüdischen Besitzes.⁴ Hamburg war als Hafenstadt ein Zentrum der erzwungenen Emigration der Verfolgten und spielte daher im Beraubungsprozess eine wichtige Rolle, die derzeit in einem Forschungsprojekt näher untersucht wird.⁵ In der zweiten Kriegshälfte entwickelte sich ein über die Stadt verstreutes, umfangreiches System von Lagern.⁶ Insbesondere der Hamburger Hafen hatte für die Kriegswirtschaft eine reichsweite Bedeutung und wurde ein zentraler Einsatzort für die Zwangsarbeiter*innen, die die Betriebe am Laufen hielten.⁷ Zentral war auch der Einsatz der Zwangsarbeiter*in-

² Vgl. Marc Buggeln, Arbeit und Gewalt. Das Außenlagersystem des KZ Neuengamme, Göttingen 2009; Das KZ Neuengamme und seine Außenlager: Geschichte, Nachgeschichte, Erinnerung, Bildung, hrsg. im Auftr. der KZ-Gedenkstätte Neuengamme von Oliver von Wrochem unter Mitarb. von Lars Jockheck, Berlin 2010; Hermann Kaienburg, Das Konzentrationslager Neuengamme 1938–1945, hrsg. von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Bonn 1997.

³ Vgl. Eine Stadt und ihr KZ. Häftlinge des KZ Neuengamme im Hamburger Kriegsalltag, hrsg. im Auftr. der KZ-Gedenkstätte Neuengamme von Alyn Beßmann u. a., Hamburg 2023.

⁴ Vgl. Frank Bajohr, 'Arisierung' in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933–45, Hamburg 1997; vgl. ferner: Claudia Kemper/Hannah Rentschler, Handlungsspielräume und Verantwortlichkeiten der Handelskammer Hamburg während der NS-Zeit. Einordnungen und biografische Annäherungen, Berlin 2023.

⁵ Das Projekt startete im Januar 2023 und läuft bis Ende 2024, vgl. Raub an Juden. Rolle der NS-Finanzverwaltung wird erforscht, in: Hamburger Abendblatt, 23.1.2023, <https://www.abendblatt.de/hamburg/article237443679/Hamburgs-Finanzbehoerde-erforscht-Beraubung-verfolgter-Juden.html> [17.10.2024].

⁶ Vgl. die Übersicht zu den Standorten der Lager (Stand 2006): <https://zwangsarbeit-in-hamburg.de> [17.10.2024]. Die Übersicht soll bis 2030 um neue Erkenntnisse ergänzt und der Webauftritt relauncht werden.

⁷ Friederike Littmann, Ausländische Zwangsarbeiter in der Hamburger Kriegswirtschaft 1939–1945, München/Hamburg 2006; Dies., Zwangsarbeit in Hamburg: Verantwortliche, Strukturen, Schicksale, in: Katharina Hertz-Eichenrode, „Ich hätte nicht geglaubt, noch einmal hierher zu kommen.“ Schicksale ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und das Hamburger Besuchsprogramm 2001–2013. Katalog zur Ausstellung des

nen und KZ-Häftlinge nach den verheerenden britischen Bombenangriffen auf die Stadt im Juli und August 1943, der „Operation Gomorrha“, bei der 34.000 Menschen, unter ihnen überproportional viele Zwangsarbeiter*innen, umkamen.⁸ Hamburger Unternehmen profitierten in vielfacher Hinsicht vom Krieg. Sie waren unter anderem wichtige Zulieferer für die deutschen Truppen und betrieben eine expansive Unternehmenspolitik, für die sie Rohstoffe und Arbeitskräfte aus den besetzten Gebieten als Ressource einsetzten.⁹

Kurz vor Kriegsende entschieden die örtlichen Machteliten, den britischen Truppen Hamburg kampflos zu übergeben und vorher die Spuren der NS-Verbrechen soweit möglich zu verwischen. Dies ermöglichte ihnen, nach 1945 den Mythos aufzubauen, Hamburg sei weniger nationalsozialistisch gewesen als andere deutsche Städte. So wurden das KZ Neuengamme und seine auf Stadtgebiet liegenden Außenlager vor der kampflosen Übergabe auf Geheiß des Gauleiters Karl Kaufmann geräumt, die Häftlinge auf Todesmärsche in andere Lager geschickt und belastende Unterlagen verbrannt.¹⁰

2. Aufarbeitungsbemühungen und Mythenbildungen in den ersten Nachkriegsjahrzenten

Nach der Kapitulation ergriff die britische Militärregierung Maßnahmen zur Entnazifizierung der Bevölkerung und zur Strafverfolgung von überwiegend männlichen Kriegsverbrechern und weiteren NS-Tätern. Das nunmehr geschlossene KZ Neuengamme wurde zu einem Internierungslager für NS-belastete

Freundeskreises KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Hamburg 2014, S. 17-30; Der Hamburger Hafen im Nationalsozialismus, hrsg. im Auftr. der KZ-Gedenkstätte Neuengamme von Herbert Diercks, Hamburg 2009.

⁸ Vgl. Detlef Garbe, Doppelt betroffene Opfer der NS-Verfolgung und der „Operation Gomorrha“: Das Leiden der ausländischen Zwangsarbeiter und der Einsatz von KZ-Häftlingen bei den Bergungs- und Aufräumungsarbeiten, in: Förderkreis Mahmal St. Nikolai e.V. (Hrsg.), „Gomorrha 1943. Die Zerstörung Hamburgs im Luftkrieg“, Hamburg 2013, S. 53-73.

⁹ Siehe u. a. Felix Mattheis, Hanseaten im „Osteinsatz“. Hamburger und Bremer Handelsfirmen im Generalgouvernement 1939–1945, Göttingen 2023; Karl Heinz Roth, Reemtsma auf der Krim, Hamburg 2011. Tomke Blotevogel arbeitet derzeit an einer Dissertation zur reichsweit bedeutsamen Hafenwirtschaft in Hamburg 1933–1945, vgl. <https://www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de/nachrichten/news/wir-stellen-vor-neue-kolleginnen-fuer-drittmittelprojekte/> [17.10.2024].

¹⁰ Vgl. Detlef Garbe/Carmen Lange, Häftlinge zwischen Vernichtung und Befreiung. Die Auflösung des KZ Neuengamme und seiner Außenlager durch die SS im Frühjahr 1945, Bremen 2005; Axel Schildt/Detlef Garbe, Schöne Geschichte!, in: Die Zeit, 11.6.2015, <https://www.zeit.de/2015/24/nationalsozialismus-vergangenheit-geschichte-hamburg> [17.10.2024].

tete Funktionsträger aus Partei, Verwaltung und Justiz. Spruchgerichts- und Strafverfahren sollten die individuelle Schuld klären, während in den Entnazifizierungsverfahren die politische Belastung im Zentrum stand.¹¹ Die Beteiligung der Hamburger Wirtschaftseliten an den NS-Verbrechen rückte selten in den Fokus der britischen Militärregierung, was möglicherweise auch daran liegt, dass sich der Zusammenhang von unternehmerischem Profit und NS-Verbrechen nicht so einfach erschließen lässt und eine funktionstüchtige deutsche Wirtschaft nach Kriegsende wichtig blieb.¹²

Die britische Besatzungsmacht setzte auch in Hamburg in Teilen auf Personal, das zuvor in den Ämtern und Behörden gearbeitet hatte und nicht offensichtlich schwer belastet war. Die aus der Emigration zurückkehrenden Personen und weitere ehemals Verfolgte bemühten sich, die Entwicklung in eine demokratische Richtung zu lenken. Einige von ihnen engagierten sich bei der Entnazifizierung und den Bemühungen, NS-Verbrechen zu ahnden.¹³

Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland ging die politische und strafrechtliche Aufarbeitung des Nationalsozialismus auch in Hamburg vollständig in deutsche Hände über, woraufhin nur noch wenig passierte. NS-Verfolgte, die sich im Bereich der Aufarbeitung engagiert hatten, mussten sich nun umorientieren. Wegen ihrer jahrelangen Verfolgung und gebrochenen Erwerbsbiografien hatten sie zudem große Probleme, wirtschaftlich Fuß zu fassen. Oft blieb die Anerkennung ihres Verfolgungsschicksals aus und es gab keine oder nur eine ungemessen niedrige Entschädigung für das erlittene Unrecht.¹⁴ Erschwerend kam hinzu, dass die 1950er Jahre geprägt waren von der Wiedereingliederung NS-belasteter Personen in die Wirtschaft und den öffentlichen Dienst.¹⁵

¹¹ Vgl. KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hrsg.), *Alliierte Prozesse und NS-Verbrechen*, Bremen 2020; Alyn Beßmann, „Der sozusagen für Euch alle im KZ sitzt.“ Britische Internierungspraxis im ehemaligen KZ Neuengamme und deutsche Deutungsmuster, in: KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hrsg.), *Zwischenräume: Displaced Persons, Internierte und Flüchtlinge in ehemaligen Konzentrationslagern*, Bremen 2010, S. 35-54.

¹² Für Hamburg stand jedoch zumindest die Firma Tesch & Stabenow im Visier der Alliierten: vgl. Angelika Ebbinghaus, *Der Prozess gegen Tesch & Stabenow: von der Schädlingsbekämpfung zum Holocaust*, in: 1999: *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* 13:2, 1998, S. 16-71.

¹³ Vgl. *NS-Verfolgte nach der Befreiung: Ausgrenzungserfahrungen und Neubeginn*, hrsg. von der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2022.

¹⁴ Vgl. Christl Wickert, *Keine Gerechtigkeit: die ungleiche Unterstützung des KZ-Überlebenden Fritz Bringmann und des SS-Mannes Walter Filsinger nach 1945*, Berlin 2022.

¹⁵ Vgl. unter anderem auch die Datenbank der Landeszentrale für politische Bildung in Hamburg: „Die Dabeigewesenen. Von Hamburger NS-Täter/innen, Profiteuren, Denunzi-

Die politisch Verantwortlichen verfolgten in Bezug auf die NS-Vergangenheit eine doppelte Strategie von abstrakter Verantwortungsübernahme bei gleichzeitiger Integration NS-belasteter Personen. Auf dieser Grundlage folgte die Westbindung und der wirtschaftliche Aufstieg in den 1950er Jahren, wovon Hamburg stark profitierte.

Jahrzehntelang herrschte in Hamburg ein Selbstbild vor, das auf die hanseatische Weltoffenheit, die Traditionen der Arbeiterbewegung und die kampflose Übergabe der Stadt im Mai 1945 verwies. Bereitwillig wurde die im Sommer 1945 vom durch die britische Besatzungsmacht eingesetzten Ersten Bürgermeister Rudolf Petersen verbreitete Behauptung aufgegriffen, der Nationalsozialismus sei „in Hamburg im Vergleich zum übrigen Reich relativ wenig eingedrungen“.¹⁶ Diese Behauptung war zwar wirklichkeitsfern, passte aber gut ins Selbstverständnis der sich als weltoffen verstehenden Handelsmetropole. Die Zerstörung der Stadt durch die „Operation Gomorrha“ im Jahr 1943 stand im Zentrum einer lokalen Gedenkkultur, die Hamburg zum Opfer des Krieges und des Nationalsozialismus erhob.¹⁷

In den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten waren es vor allem ehemalige Widerstandskämpfer*innen und weitere NS-Verfolgte, die dafür sorgten, dass neben ersten Zeichen zur Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg auch solche zu den Opfern nationalsozialistischer Verfolgung entstanden. Während das öffentliche Erinnern an die Kriegstoten nach dem Zweiten Weltkrieg selbstverständlich war, sich allerdings seine Rahmung von der Verklärung des Soldatentodes hin zu einem trauernden Gedenken verschob,¹⁸ blieben die konkreten Orte der NS-Verbrechen in diesen Jahren öffentlich weitgehend unbeachtet.

ant/innen, Mitläufer/innen und Zuschauer/innen, <https://www.hamburg.de/ns-dabei-gewesene> [17.10.2024]. Derzeit läuft ein Projekt zur NS-Belastung von Personen, die nach Kriegsende Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft waren.

¹⁶ Zitiert nach: Richard J. Evans, Der Mustergau. Ein neues Buch über die Rolle Hamburgs im „Dritten Reich“, in: Die Zeit, 14.5.1998, https://www.zeit.de/1998/21/Der_Mustergau [17.10.2024].

¹⁷ Vgl. Malte Thießen, Eingebrennt ins Gedächtnis. Hamburgs Gedenken an Luftkrieg und Kriegsende 1943 bis 2005, Hamburg 2007; vgl. auch Peter Reichel, Amnesie und Mythe. Hamburg und seine zweite NS-Geschichte, in: Stadt und Erinnerung, Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Berlin, Hamburg und München, NS-Dokumentationszentrum München 2017, S. 25-51, hier S. 26 f.

¹⁸ Vgl. Kerstin Klingel, Eichenkranz und Dornenkranz. Kriegerdenkmäler in Hamburg, Hamburg 2006, S. 12.

3. Wandel der Erinnerungskultur und Gedenkstättenarbeit in Hamburg seit den 1970er Jahren bis heute

Die verdrängte Geschichte mit Bezug auf die konkreten Orte der NS-Verfolgung in Hamburg gelangte seit den 1970er Jahren in die breitere Öffentlichkeit.¹⁹ Zu verdanken ist dies – wie auch in anderen Städten – in erster Linie zivilgesellschaftlichen Projekten. Von Hamburg aus wurden (und werden) beispielsweise renommierte Schülerprojekte initiiert, wie der von der Körber-Stiftung seit 1973 ausgeschriebene „Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten“ und der seit 1998 für Projekte in den Bereichen Erinnerungsarbeit, Zivilcourage, Integration und Demokratieförderung verliehene „Bertini-Preis“. Zumeist außeruniversitär aufgenommene Forschungen befassten sich seit Ende der 1970er-Jahre mit Sozial- und Gesundheitspolitik, mit Justiz und Polizei im nationalsozialistischen Hamburg.²⁰

In den 1980er-Jahren entfalteten sich die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten besonders stark. Da es „Zeit für die ganze Wahrheit“ sei, verkündete Bürgermeister Klaus von Dohnanyi im Dezember 1984 die „Hamburger Initiative“ und forderte eine „schonungslose Aufarbeitung der Hamburger Nazizeit“.²¹ Viel besucht waren in Hamburg die vom Landesjugendring und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) ausgerichteten „Alternativen Stadtrundfahrten“. Zudem entstanden Geschichtswerkstätten in einzelnen Stadtteilen, die sich für eine Aufarbeitung des Nationalsozialismus vor Ort stark machten.

¹⁹ Hier und im Folgenden beziehe ich mich insbesondere auf eine Studie, die Detlef Garbe in enger Abstimmung mit mir und weiteren städtischen Akteur*innen der Gedenkkultur erarbeitet hat: Ankerpunkte historisch-politischer Bildung und Netzwerke der Erinnerungskultur. Entwicklungsperspektiven für die Hamburger Gedenkstätten. Gedenkstättenkonzept, im Juli 2023 der Behörde für Kultur und Medien vorgelegt von der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen. Das Konzept ist online abrufbar, <https://www.gedenkstaetten-hamburg.de/de/stiftung> in der Rubrik „Gedenkstättenkonzept“ [17.10.2024].

²⁰ Vgl. unter anderem: Angelika Ebbinghaus u. a. (Hrsg.), Heilen und Vernichten im Muster-gau Hamburg: Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im Dritten Reich, Hamburg 1984; Helge Grabitz und Klaus Bästlein, Justiz in der unFreien und Hansestadt Hamburg 1933–1945, Landeszentrale für Politische Bildung, Hamburg 1993; Helmut Fangmann/Udo Reifner/Norbert Steinborn, „Parteisoldaten“. Die Hamburger Polizei im „3. Reich“, Hamburg 1987.

²¹ GAL-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft (Hrsg.), „Es ist Zeit für die ganze Wahrheit“ (K. v. Dohnanyi). Aufarbeitung d. NS-Zeit in Hamburg; die nichtveröffentlichte Senats-broschüre, Hamburg 1985; vgl. Peter Reichel (Hrsg.), Das Gedächtnis der Stadt. Hamburgs Umgang mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit, Hamburg 1997, S. 22.

Seit Anfang der 1980er-Jahre setzten sich diverse zivilgesellschaftlich getragene Gruppen vermehrt für die Kennzeichnung von historischen Orten ein. Dieses intensive Engagement fand nach und nach auch staatliche Unterstützung. Zur Markierung historischer Orte trugen zwei von der Hamburger Kulturbehörde entwickelte Beschilderungsprogramme bei, mit denen „Stätten jüdischen Lebens“ und „Stätten der Verfolgung und des Widerstandes“ mit bronzenen beziehungsweise schwarzen Hinweistafeln versehen wurden. Die zusammen mit Angehörigen gegründete Vereinigung „Kinder vom Bullenhusener Damm“ eröffnete 1980 eine Ausstellung über den dort am 20. April 1945 verübten Mord an 20 jüdischen Kindern, an denen im KZ Neuengamme pseudomedizinische Versuche vorgenommen worden waren. Das Schulgebäude hatte zum Zeitpunkt der Mordaktion als Außenlager des KZ Neuengamme gedient. Erst 1999 erfolgte die Übernahme der Gedenkstätte Bullenhusener Damm in die Trägerschaft der städtisch getragenen KZ-Gedenkstätte Neuengamme, die eine neue Ausstellung erarbeitete.²²



Abb. 1: Blick in die Dauerausstellung in der Gedenkstätte Bullenhusener Damm. Foto: SHGL, Michael Kottmeier, 2011.

Ebenfalls auf Initiative von Überlebenden entstanden 1985 auf begrenztem Raum die Gedenk- und Begegnungsstätte Plattenhaus Poppenbüttel mit einer

²² Vgl. Iris Groschek/Kristina Vagt, „... dass du weißt, was hier passiert ist“: medizinische Experimente im KZ Neuengamme und die Morde am Bullenhusener Damm, Bremen 2012; Die Gedenkstätte Bullenhusener Damm – Geschichte des Ortes, der Opfer und der Erinnerung, hrsg. von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Hamburg 2011.

Ausstellung zum Frauen-Außenlager Sasel des KZ Neuengamme und 1987 im ehemaligen Torhaus die Gedenkstätte Konzentrationslager und Strafanstalten Fuhlsbüttel 1933–1945, ebenfalls mit kleiner Ausstellung. Auch diese zwei Gedenkstätten wurden später in die Trägerschaft der KZ-Gedenkstätte Neuengamme überführt und mit neuen Ausstellungen versehen, die im ersten Fall das Schicksal weiblicher KZ-Häftlinge in den städtischen Außenlagern des KZ Neuengamme und im zweiten Fall die Geschichte des KZ und der Strafanstalten Fuhlsbüttel mit Schwerpunkt auf den Schicksalen Hamburger Widerstandskämpfer*innen präsentierten.²³

Nachdem 1965 auf Drängen von Überlebenden des KZ Neuengamme eine größere Mahnmalsanlage auf dem Gelände des ehemaligen KZ errichtet worden war, eröffnete im Oktober 1981 am Rande des seinerzeit noch zu Vollzugszwecken genutzten ehemaligen KZ-Geländes ein Dokumentenhaus mit einer ersten Ausstellung. Damit entstand erstmals in Hamburg eine sich als Lernort verstehende Gedenkstätte in städtischer Finanzierung und Trägerschaft. 1989 fasste der Senat auf Betreiben des Ersten Bürgermeisters Henning Voscherau den Beschluss, die seit 1948 auf dem Gelände und teilweise in den ehemaligen KZ-Gebäuden betriebenen Gefängnisse in Neuengamme zu verlagern, damit „die Würde dieser Stätte“ nicht mehr durch die Nutzung zu Vollzugszwecken „überschattet“ werde.²⁴

Doch erst zum 60. Jahrestag der Befreiung im Mai 2005 konnte schließlich mit finanzieller Förderung durch den Bund eine erweiterte Gedenkstätte eingeweiht werden, die mit 20 aus der KZ-Zeit erhaltenen Gebäuden, mit Markierungen der Barackengrundflächen und der Zaunverläufe die Topografie des Ortes wieder sichtbar machte und sich mit fünf Dauerausstellungen und einem Studienzentrum zu einem Lernort von internationaler Bedeutung entwickelte. Der Ort dient heute der Erinnerung an die Opfer, der Dokumentation der Verbre-

²³ Vgl. Die Gedenkstätte Plattenhaus Poppenbüttel – die Verfolgung von Frauen im nationalsozialistischen Hamburg und die Erinnerung an die Opfer, hrsg. von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Hamburg 2014; Herbert Diercks, Die Gedenkstätte Konzentrationslager und Strafanstalten Fuhlsbüttel 1933–1945: Geschichte des Ortes und Entwicklung der Gedenkstätte, hrsg. von der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen, Hamburg 2021.

²⁴ Presseerklärung der Staatlichen Pressestelle, 17.7.1989, Archiv der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, hier zitiert nach: Detlef Garbe, Neuengamme. Vom Konzentrationslager zur KZ-Gedenkstätte, in: Gedenkstättenrundbrief 129, 02/2006, S. 12-25; vgl. zur Entwicklungsgeschichte auch Johann Klarmann, Die erneute Demütigung. Hamburgs Umgang mit dem ehemaligen Konzentrationslager Neuengamme 1945 bis 1985, Berlin/Münster 2013; Hermann Kaienburg, Zeitenwechsel. Der Umgang mit den Spuren des Konzentrationslagers Neuengamme 1945–1990, in: Habbo Knoch/Oliver von Wrochem (Hrsg.), Entdeckendes Lernen. Orte der Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen, Berlin 2022, S. 44-60.

chen und der historisch-politischen Bildung.²⁵



Abb. 2: Blick in das ehemalige Häftlingslager der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Foto: SHGL, Rainer Viertböck, 2021.

Seit den 2000er Jahren hat sich die Gedenkstättenlandschaft nochmals erweitert und diversifiziert. 2002 griff eine Initiative in Hamburg das Projekt des Kölner Künstlers Gunter Demnig zur Verlegung von „Stolpersteinen“ auf. Die biografische Aufarbeitung der Schicksale von ehemals Verfolgten entwickelte eine ungeahnte Dynamik: Heute nennen über 7000 Stolpersteine vor ehemaligen Wohnhäusern, Wirkungsstätten oder Orten der Verfolgung die Namen von Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Die von Ehrenamtlichen erarbeiteten Biografien von mehr als 4800 Opfern können auf einer Website und in 23 stadtteilbezogenen Büchern der Hamburger Landeszentrale für politische Bildung nachgelesen werden.²⁶

Museen, Bücherhallen, Universitäten, Schulen und viele weitere Institutionen und Initiativen entwickelten seit den 2000er Jahren gedenkpolitische Aktivitäten. Hamburger Bezirke begannen, „Wochen des Gedenkens“ durchzuführen.

²⁵ Vgl. Website, <https://www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de> [17.10.2024]; Detlef Garbe, Eine „moderne“ Gedenkstätte. Die Konzeption der KZ-Gedenkstätte Neuengamme als zeitgeschichtliches Museum und historisch-politische Bildungsstätte, in: Ders., Neuengamme im System der Konzentrationslager. Studien zur Ereignis- und Rezeptionsgeschichte, Berlin 2015, S. 421-446.

²⁶ Die Seite <https://www.stolpersteine-hamburg.de/> [17.10.2024] wird von der Landeszentrale für politische Bildung und der Stolperstein-Initiative verantwortet.

ren. Das bereits 1965 durch die Senatskanzlei aufgenommene Besuchsprogramm für die in der Nazizeit vertriebenen ehemaligen jüdischen Hamburger und Hamburgerinnen wurde von 2000 bis 2013 um ein Besuchsprogramm für ehemalige Zwangsarbeiter*innen ergänzt. Ihm gingen seit 1989 Einladungen des Freundeskreises KZ-Gedenkstätte Neuengamme an ehemalige Häftlinge voraus.²⁷

Die Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus (seit 1997 Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg), das Institut für die Geschichte der deutschen Juden und das Hamburger Institut für Sozialforschung in privater Trägerschaft entwickelten sich zu wegweisenden Impulsgebern von weit über die Bundesrepublik Deutschland hinaus strahlender Bedeutung.

Wichtige Gedenkzeichen bleiben darüber hinaus die zigtausenden Grabsteine auf Hamburgs Friedhöfen, welche an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, darunter zivile Opfer des Bombenkrieges, KZ-Häftlinge, italienische Militärinternierte und weitere ausländische Zwangsarbeiter*innen sowie sowjetische Kriegsgefangene, erinnern und vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge gepflegt werden. Eine weitere gedenkpolitische Praxis ist die Benennung von Straßen oder Plätzen nach Menschen, die im Widerstand gegen das NS-Regime kämpften oder die aus anderen Gründen, zumeist als Jüdinnen und Juden, verfolgt wurden.²⁸ Auch Straßenumbenennungen aufgrund von NS-Belastung der Namensgeber fanden in Hamburg statt, eine Praxis, die in Bezug auf koloniale Straßennamen noch in den Anfängen steht. Darüber hinaus gibt es als alltägliche Erinnerung im Stadtbild mehr als 300 Gedenktafeln, die an Gebäuden sowie auf Plätzen an historische Ereignisse der Jahre 1933 bis 1945, an Verfolgung und Widerstand und auch an die Folgen der NS-Verbrechen erinnern.

Das Online-Portal „Gedenkstätten in Hamburg zur Erinnerung an die NS-Verbrechen“ listet Stand Februar 2024 128 an die Verbrechen des Nationalsozialismus und den Widerstand erinnernde Gedenkstätten auf, davon 75 mit Denkmälern sowie 74 mit Gedenk- und/oder Informationstafeln versehene Erinnerungsorte sowie 19 Orte mit ständigen Ausstellungen.²⁹ Unter ihnen befinden

²⁷ Vgl. Lina Nikou, Zwischen Imagepflege, moralischer Verpflichtung und Erinnerungen. Das Besuchsprogramm für jüdische ehemalige Hamburger Bürgerinnen und Bürger, München/Hamburg 2011; Katharina Hertz-Eichenrode, „Ich hätte nicht geglaubt, noch einmal hierher zu kommen.“ Schicksale ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und das Hamburger Besuchsprogramm 2001–2013. Katalog zur Ausstellung des Freundeskreises KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Hamburg 2014.

²⁸ Vgl. Rita Bake, Ein Gedächtnis der Stadt. Nach Frauen und Männern benannte Straßen, Plätze, Brücken in Hamburg, 3. Bde., Hamburg 2015.

²⁹ Die Seite <https://gedenkstaetten-in-hamburg.de> [17.10.2024] wird von der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen verwaltet.

sich auch künstlerische Gedenkzeichen und Gegendenkmalen zu bestehenden Kriegerdenkmälern. Von den mit Ausstellungen versehenen Gedenkstätten beziehungsweise Museen befinden sich zwölf direkt oder mittelbar in städtischer Trägerschaft. Sieben Orte werden privat getragen, davon werden drei durch mit bezirklichen Mitteln geförderte Geschichtswerkstätten betrieben, zwei durch Vereine, einer durch eine gemeinnützige beziehungsweise kirchliche Stiftung und einer durch eine Genossenschaft.

Die 2020 geschaffene Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen ist Trägerin von bisher sechs mit Ausstellungen versehenen Gedenkstätten. Neben der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und den bereits erwähnten Gedenkstätten Bullenhusener Damm, Poppenbüttel und Fuhlsbüttel verantwortet sie das in Entwicklung befindliche Dokumentationszentrum *denk.mal* Hannoverscher Bahnhof am Ort der nationalsozialistischen Deportationen aus Hamburg und Norddeutschland³⁰ und den Geschichtsort Stadthaus am Ort der ehemaligen Zentrale des nationalsozialistischen polizeilichen Terrors in Hamburg.³¹



Abb. 3: Blick auf Gleise und Namenstafeln am *denk.mal* Hannoverscher Bahnhof. Foto: SHGL, Kati Jurischka, 2022.

³⁰ Vgl. Oliver von Wrochem (Hrsg.), *Deportationen dokumentieren und ausstellen. Neue Konzepte der Visualisierung von Shoah und Porajmos*, Berlin 2022.

³¹ Vgl. Herbert Diercks, *Dokumentation Stadthaus. Die Hamburger Polizei im Nationalsozialismus. Texte, Fotos und Dokumente*, hrsg. von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme., Hamburg 2016.



Abb. 1: Blick in den sogenannten Seufzergang als Teil des Geschichtsort Stadthaus. Foto: SHGL, Kati Jurischka, 2020.

Weiterhin betreibt die Stiftung unter anderem das genannte Online-Portal der Hamburger Gedenkstätten und vernetzt erinnerungspolitische Akteur*innen in Hamburg und Norddeutschland. Weitere Gedenkstätten mit Ausstellungen, die an das nationalsozialistische Unrecht erinnern, sind das Mahnmal St. Nikolai, die Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule, der Lern- und Gedenkort der Evangelischen Stiftung Alsterdorf, die Zwangsarbeiterbaracken beim Flughafen in Fuhlsbüttel sowie Abteilungen in Museen, in denen über die Zeit des Nationalsozialismus aufgeklärt wird.³²

Obwohl die Gedenkstätten in Hamburg ein breites Themenspektrum insbesondere bezogen auf die Verfolgengruppen abdecken, kann keiner der bestehenden Orte einen Überblick leisten, wie dies in den umfassenderen und räumlich wie personell besser ausgestatteten NS-Dokumentationszentren in Berlin, Köln, Nürnberg und München und im begrenzteren Rahmen unter anderem in Düsseldorf, Hannover, Münster, Oberhausen und Stuttgart geschieht.

Auch gibt es weiterhin Themen, die wenig Beachtung finden. Zwar wird an mehreren historischen Orten darüber informiert, wie städtische Ämter und Behörden an der arbeitsteiligen Verfolgung mitwirkten und wie sie ihre Handlungsmöglichkeiten nutzten, um die Verfolgungspraktiken systematisch zu verfeinern und zu radikalieren. Allerdings finden die für die Beteiligung der Handelsmetropole an den NS-Verbrechen so bedeutsamen politischen Macht-

³² Vgl. Übersicht über Gedenkstätten mit Ausstellungen auf dem Online-Portal <https://gedenkstaetten-in-hamburg.de> [17.10.2024].

zentren des nationalsozialistischen Hamburgs, nämlich Reichsstatthaltereit, NS-DAP-Gauleitung, Gauwirtschaftskammer, Justiz mit dem Hanseatischen Oberlandesgericht und den Sondergerichten beim Landgericht sowie weitere zentrale Teile der Verwaltung wenig Aufmerksamkeit.

Unternehmen werden selten und zumeist nur im Kontext von Zwangsarbeit thematisiert, die zentrale Verbindung zwischen nationalsozialistischer Politik und Wirtschaft wird in bestehenden Gedenkstätten, vor allem aber im öffentlichen Gedenken, meist nur am Rande erwähnt. Ein wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Überblick, einschließlich des kulturellen und religiösen Lebens, und die Befassung mit den gesellschaftlichen Prozessen von Inklusion/„Volksgemeinschaft“ und Exklusion/„Arisierungen“ fehlen bisher.

Im Zuge der anstehenden Neugestaltung des Museums für Hamburgische Geschichte kam auch das Desiderat eines eigenständigen Jüdischen Museums in Hamburg auf die Tagesordnung. Die Behörde für Kultur und Medien der Stadt Hamburg hat im Sommer 2024 die Gründung eines solchen Museums bekanntgegeben.³³

Zu den Opfergruppen, die bisher nur am Rande vorkommen, gehören die Opfer von Justiz und Wehrmachtjustiz, die „Ostarbeiter“ und sowjetischen Kriegsgefangenen, die Häftlinge im „Arbeitserziehungslager“, die als Homosexuelle oder „Asoziale“ Verfolgten sowie die italienischen Militärinternierten, deren Geschichte noch vor wenigen Jahren der Öffentlichkeit fast völlig unbekannt war. Auch das Thema Widerstand in Hamburg ist bisher unterrepräsentiert.

Ein weiteres Desiderat bilden Gedenkorte, die die zentralen Verbindungslinien der Handelsmetropole Hamburg zum historischen Kolonialismus und dem städtischen Umgang mit dem kolonialen Erbe bearbeiten.³⁴ Wie die NS-Verbrechen resultierten die Verbrechen in den deutschen Kolonien aus gesamtgesellschaftlich getragenen rassistischen Vorstellungen und waren staatlich organisiert, woran Hamburger Wirtschaftseliten einen bedeutenden Anteil hatten.

³³ Vgl. Daniel Kaiser, Brosda: „Jüdische Stadtgeschichte mit eigenem Museum würdigen“, NDR 1.9.2024, <https://www.ndr.de/kultur/kulturdebatte/Brosda-Juedische-Stadtgeschichte-mit-eigenem-Museum-wuerdigen,juedischesmuseum134.html> [19.10.2024].

³⁴ Ende Mai 2024 hat der Hamburger Senat ein Konzept zum Umgang mit dem kolonialen Erbe vorgelegt, das die vielfältigen Verflechtungen Hamburgs mit den Verbrechen des deutschen Kolonialismus aufzeigt: Senat beschließt stadtweites Erinnerungskonzept, <https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behoerden/behoerde-fuer-kultur-und-medien/aktuelles/erinnerungskonzept-koloniales-erbe-879070> [19.10.2024], vgl. für den historischen Kontext insbesondere Jürgen Zimmerer/Kim Sebastian Todzi (Hrsg.), Hamburg: Tor zur kolonialen Welt. Erinnerungsorte der (post-)kolonialen Globalisierung, Göttingen 2022; Kim Sebastian Todzi, Unternehmen Weltaneignung. Der Woermann-Konzern und der deutsche Kolonialismus 1837-1916, Göttingen 2023.

In Ergänzung und in Verbindung zur vielfältigen Hamburger Erinnerung an die NS-Herrschaft sollten die Verflechtungen zwischen kolonialem und rassistischem Denken und Handeln von der Zeit des historischen Kolonialismus über den Nationalsozialismus bis in die Gegenwart hinein stärker in der Erinnerungskultur verankert werden.³⁵ Dazu eignen sich insbesondere Orte, die im Nationalsozialismus entstanden und einen unmittelbaren Bezug zum historischen Kolonialismus herstellen, wie die „Askari-Reliefs“ in Hamburg Jenfeld. Insbesondere ist es notwendig, auch in Hamburg eine arbeitende Gedenkstätte zur Erinnerung an die Verbrechen des deutschen Kolonialismus zu entwickeln. Als möglicher Standort wurde von der Forschungsstelle „Hamburgs (post-)koloniales Erbe“ der Baakenhafen ins Gespräch gebracht, weil von dort aus die deutschen Kolonialtruppen nach Deutsch-Südwestafrika (heutiges Namibia) verschifft wurden, wo sie einen Genozid an den Herero und Nama verübten.³⁶

Die Beteiligung der Hanseatischen Kaufmannschaft am deutschen Kolonialismus sollte ein Thema im geplanten Deutschen Hafenumuseum werden, dort könnte zudem die kriegswirtschaftliche Bedeutung des Hafens und die Ausbeutung der besetzten Gebiete durch Hamburger Unternehmen im Nationalsozialismus dargestellt werden.

4. Gegenwärtige Herausforderungen der Gedenkstättenarbeit in Hamburg vor dem Hintergrund des geschichtspolitischen und erinnerungskulturellen Wandels

Die Hamburger Gedenkstätten zur Erinnerung an die NS-Verbrechen stehen im Kontext des geschichtspolitischen und erinnerungskulturellen Wandels vor weiteren grundlegenden Herausforderungen. Als Lernorte, die an die Opfer der NS-Verbrechen erinnern sowie Taten und Täter*innen benennen, müssen sich Gedenkstätten verstärkt der Frage zuwenden, wie die NS-Herrschaft funktionierte und weshalb der „Führerstaat“ und seine ideologischen Verheißungen eine so große Zustimmung fanden. Das bedeutet unter anderem, die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen im Nationalsozialismus mit dem damaligen Alltag der in Hamburg lebenden Bevölkerung zu verknüpfen und Handlungsmotivationen und Spielräume Einzelner in den Blick zu nehmen. Zudem müssen sie vor dem Hintergrund der Aufklärung über die NS-Verbrechen verstärkt Brücken zur gesellschaftlichen Selbstverständigung über Demokratie,

³⁵ Vgl. Verflechtungen: Kolonialismus und rassistisches Denken im Nationalsozialismus. Voraussetzungen – Funktionen – Folgen. Materialien für die Bildungsarbeit, <https://verflechtungen-kolonialismus-nationalsozialismus.de/start.html> [19.10.2024].

³⁶ Jonas Kähler, Gedenkstreit in der Hamburger Hafency: Wohnen, wo die Schlächter losfahren, in: taz Nord, 30.5.2024, <https://taz.de/Gedenkstreit-in-der-Hamburger-Hafency!/6010601/> [19.10.2024].

Rechtsstaat, Freiheit und Menschenrechten schlagen. Weitere Herausforderungen bilden der Verlust von Zeitzeugenschaft, die Suche nach neuen Formen der Vermittlung, die nicht nur bei Jugendlichen veränderten Rezeptionsweisen und Ansprechbarkeiten, die Zunahme von ethnischer und geschlechtlicher Vielfalt und kultureller Diversität in der Gesellschaft. Hinzu kommen Verbindungslinien zu anderen erinnerungskulturellen Themen wie dem Umgang mit dem kolonialen Erbe, gesellschaftliche Polarisierungen und geschichtspolitische Anfechtungen, die durch die Debatten über die Flüchtlingsbewegungen, über Populismus und Rechtsextremismus, über Antisemitismus, Rassismus und Antiziganismus und weitere Ausgrenzungsideologien, über Pandemie, Klimakrise und die kriegerische Auseinandersetzungen weltweit verstärkt werden.

Mit dem Verlust derjenigen, die aus eigenem Erleben berichten können, wächst den historischen Orten noch stärker die Aufgabe zu, als materielle und damit sichtbare Zeugen die Erinnerung und das Vermächtnis der Überlebenden zu wahren. Im Angesicht der sich vergrößernden zeitlichen Distanz haben Gedenkstätten im letzten Jahrzehnt verstärkt nach Wegen gesucht, um zu verhindern, dass mit den Zeitzeug*innen auch ihre Stimmen verstummen. In großer Zahl entstanden Interviews, Filme und digitale Formate. Allein im Archiv der KZ-Gedenkstätte Neuengamme sind über 2000 Erinnerungsberichte und Interviews mit ehemaligen KZ-Häftlingen für Forschung und Vermittlung bewahrt.

Gedenkstätten werden verstärkt mit der Frage des „Wozu“ konfrontiert. Dass ihre Ziele infrage gestellt werden, befördert Wandlungsprozesse, infolgeder neue Konzepte in Ausstellungen und historisch-politischer Bildungsarbeit erprobt werden. Gedenkstätten reagieren damit auch auf die Kritik an zuweilen liturgisch anmutenden Formen öffentlichen Gedenkens sowie der Formelhaftigkeit politischer Reden, die nicht selten einen unangemessenen Erinnerungstolz erkennen lassen – nicht zuletzt angesichts der Versäumnisse in den Nachkriegsjahrzehnten, des nachwirkenden Unrechts, des justiziellen Versagens und der „zweiten Schuld“.³⁷

Das in der Wissenschaft artikulierte „Unbehagen an der Aufarbeitung“³⁸ sowie „Unbehagen an der Erinnerungskultur“³⁹ betrifft Gedenkstätten insofern, als die Kritik sich auch an ihrer Verstaatlichung festmacht: Die in der Bundesrepublik gegen gesellschaftliche Widerstände und als ein Projekt öffentlicher

³⁷ Ralph Giordano, *Die zweite Schuld: oder Von der Last Deutscher zu sein*, Köln 2020 (Erstausgabe 1987).

³⁸ Martin Sabrow, *Das Unbehagen an der Aufarbeitung: zur Engführung von Wissenschaft, Moral und Politik in der Zeitgeschichte*, in: Thomas Schaarschmidt (Hrsg.), *Historisches Erinnern und Gedenken im Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 2008, S. 11-20.

³⁹ Aleida Assmann, *Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur: eine Intervention*, 3., erw. und aktual. Aufl., München 2020.

Selbstbeunruhigung entstandenen Gedenkstätten seien im vereinigten Deutschland inzwischen Teil der bundesdeutschen Identität und Staatsräson geworden, Affirmation sei an die Stelle von Anstößigkeit und Verunsicherung getreten. Anders als in der DDR, die ihre Wurzeln im kommunistischen Widerstand verortete und die Nationalen Mahn- und Gedenkstätten zu dessen Heroisierung und damit zur staatlichen Legitimation instrumentalisierte, seien die Gedenkstätten im wiedervereinigten Deutschland zwar frei von ideologischen Vorgaben, auf alle Opfergruppen bezogen und der Multiperspektivität verpflichtet, gleichwohl seien sie immer stärker in den Zugriff der staatlichen Geschichtspolitik geraten.

In der Praxis entsprechen die Gedenkstätten in aller Regel nicht dem Bild von Einrichtungen, die vorgegebene Geschichtsbilder reproduzieren. Vielmehr evozieren sie Fragen und geben auch Antworten darauf, warum Menschen bereit waren, sich einem Regime anzuschließen oder sich zumindest mit ihm zu arrangieren, dessen inhumaner Charakter offensichtlich war. Das Unbequeme, das Verstörende und die Anstößigkeit sind Teil der historischen Orte von Verbrechen, an denen Gedenkstätten errichtet wurden. Die Entwicklung neuer Formen der Gedenkstättenarbeit orientiert sich daran, den Raum für Fragen zu öffnen, das Interesse zu wecken, das Erschließen von Informationen zu befördern und die für das eigene Urteilen erforderlichen Kompetenzen zu stärken.

In der KZ-Gedenkstätte Neuengamme dienen berufsgruppenorientierte, auf Schulformen und Altersstufen abgestimmte Angebote, Projekte mit aktivierenden Zugängen zu einem breiten Spektrum an Themen und Formate wie die Lernwerkstatt Offenes Archiv⁴⁰ diesem Ziel. Partizipation findet zunehmend Eingang in Bildungsangebote für Jugendliche und Erwachsene. Seit über zehn Jahren bietet die KZ-Gedenkstätte Neuengamme Programme mit und für Nachfahren sowohl von Verfolgten als auch von Täter*innen der zweiten, dritten und nun bereits vierten Generation an.⁴¹ Die Nachfahren der Täter*innen setzen sich vielfach mit dem Verschweigen der Verbrechen in ihren Familien auseinander. Die Angehörigen von Verfolgten können darüber berichten, wie die Folgen des NS-Terrors sich in ihren Familien und in Gesellschaften niederschlugen, was der gewaltsame Tod ihrer verfolgten Angehörigen für sie bedeutet und was es heißt, dass viele Überlebende bis zu ihrem Lebensende Gefangene ihrer traumatischen Erinnerungen blieben.⁴²

⁴⁰ Lernwerkstatt Offenes Archiv, <https://www.lernwerkstatt-neuengamme.de/de/startseite> [19.10.2024].

⁴¹ Oliver von Wrochem, Am historischen Ort. Emotionen, Familiengeschichte, öffentliche Gedenkkultur und die Arbeit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, in: Habbo Knoch/Ders. (Hrsg.), Entdeckendes Lernen: Orte der Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen, Berlin 2022, S. 136-152.

⁴² Vgl. hierzu unter anderem das Internet-Portal Reflections. Family History affected by

Die durch die Corona-Pandemie beschleunigte weitreichende Digitalisierung hat die Möglichkeiten zur Auseinandersetzung mit der Geschichte und den Nachwirkungen des Nationalsozialismus erweitert. Websites, die Präsenz in den sozialen Medien und E-Mail-Newsletter haben die Reichweite der durch Gedenkstätten bearbeiteten Themen erhöht. Neben Ausstellungen und Veranstaltungen vor Ort finden die in zunehmender Zahl angebotenen Informationen im digitalen Raum eine hohe Resonanz. Damit bieten sich neue Chancen für die Gestaltung einer inklusiven und dialogischen Erinnerungskultur, die räumliche und generationelle Grenzen leichter überwinden kann.⁴³ Online-Formate, wie etwa virtuelle Besichtigungen und innovatives Storytelling, ersetzen nicht die Begegnung mit dem historischen Ort. Vielmehr erweitern sie Zugänge, bieten neue Möglichkeiten zur Vorbereitung oder zur nachträglichen Vertiefung und sprechen neue Zielgruppen an. Durch die digitale Vernetzung lassen sich zudem einzelne Orte und ihre Geschichten miteinander verknüpfen.

Wie andere Bildungsträger stehen die Gedenkstätten vor den Herausforderungen einer zunehmend diversen Gesellschaft. Inzwischen haben etwa 28 % der Bevölkerung in Deutschland eine Migrationsgeschichte in der Familie, die teilweise schon viele Jahre, sogar Jahrzehnte zurückliegt.⁴⁴ Diese Menschen gestalten die Erinnerungskultur an den Nationalsozialismus in Deutschland wesentlich mit und bereichern diese mit ihren Perspektiven.⁴⁵ Menschen mit familiären Verbindungen in europäische Länder, die ehemals von Deutschland besetzt waren oder aber mit dem NS-Regime zusammengearbeitet hatten, sind von den Ereignissen des Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieges ebenfalls geprägt, wenn auch in anderer Weise als Menschen, deren Familien seit Generationen in Deutschland leben. Insbesondere geflüchtete Menschen, die in den letzten Jahren nach Deutschland gekommen sind, müssen zudem oft mit eigenen Erfahrungen von Verfolgung umgehen.

Über die Verbrechen des Nationalsozialismus und hier insbesondere die Shoah sind das Wissen und die Zugänge sehr unterschiedlich und oft von Vor-

Nazi Crimes, <https://reflections.news/de/> und die Online-Ausstellung #WaswillstDutun? Family History 1933–today, <https://waswillstdutun.de/> [19.10.2024].

⁴³ Digital Memory, Neue Perspektiven für die Erinnerungsarbeit, hrsg. von der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland, bearb. von Iris Groschek und Habbo Knoch, Göttingen 2023.

⁴⁴ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, Bevölkerung mit Migrationshintergrund, vom 29.04.2023, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61646/bevoelkerung-mit-migrationshintergrund/> [19.10.2024].

⁴⁵ Vgl. z. B. Pageflow zur Dokumentation des Projekts Perspektiven öffnen – Geschichten teilen, <https://www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de/perspektiven-oeffnen-geschichten-teilen/> [19.10.2024].

prägungen mitbestimmt. Menschen mit Migrationsgeschichte in der Familie interessieren sich aber keineswegs weniger für die Verbrechen des Nationalsozialismus. Mit Blick auf den immer noch gesellschaftlich verbreiteten Antisemitismus lässt sich konstatieren, dass er in der sogenannten Mehrheitsgesellschaft ebenso aufzufinden ist wie bei Menschen mit Migrationsgeschichte, nur dass er teilweise aus anderen Vorurteilen gespeist wird.

Die Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte an der Erinnerungskultur zu fördern, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der Gedenkstätten einen wichtigen Beitrag leisten können. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung von 2021 ist zu Recht auf diesen Aspekt hingewiesen worden.⁴⁶ Ein weiterer zentraler Aspekt ist Inklusion. Vermehrt kommen in Gedenkstätten inklusive, diversitätsorientierte und barrierefreie Angebote zum Einsatz („Design für alle“, leichte Sprache, das Erzählen diverserer Geschichten und anderes). Diese auszubauen ist ebenso ein wichtiger Baustein zukünftiger Gedenkstättenarbeit.

Zu den Aufgaben von Gedenkstätten gehört die Sicherung von materiellen Relikten beziehungsweise gegenständlichen Hinterlassenschaften, von Dokumenten, Fotos und Berichten. Ehemalige Verfolgte und ihre Angehörigen, auch Nachfahren auf Täterseite, vertrauen den Gedenkstätten ihre Nachlässe an. Um die künftige Nutzung für Forschung und Vermittlung zu ermöglichen, müssen Sammlungen und Bestände erfasst, erschlossen und durch Digitalisierung nachhaltig gesichert werden.

Gedenkstätten sind bei der Konzeption ihrer Ausstellungen oder neuer Bildungsformate auf weitere Forschungen zum Nationalsozialismus angewiesen, da diese erhebliche Lücken aufweisen, etwa zu bestimmten Häftlingsgruppen der Konzentrationslager, zur Binnenstruktur der Häftlingsgesellschaft, zu den Tatbeteiligten und deren Organisation, aber auch zum gesellschaftsgeschichtlichen Kontext der NS-Verbrechen, zu Kontinuitäten und Brüchen nach 1945 sowie zur alliierten Besatzungspolitik. Dafür braucht es Verbundprojekte, die Gedenkstätten, Universitäten und zivilgesellschaftliche Träger vernetzen.

In Gedenkstätten mit großer Originalbausubstanz wie der KZ-Gedenkstätte Neuengamme gilt es, die baulichen Hinterlassenschaften zu sichern. Sie sind wichtige Zeugnisse in einer Zeit, in der es kaum noch Überlebende gibt, die berichten können. Die bestehenden Orte müssen nachhaltig weiterentwickelt werden, soll nicht das erreichte Niveau der Aufklärungsarbeit über den Natio-

⁴⁶ Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN UND FDP von 2021, S. 124 f., <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzesvorhaben/koalitionsvertrag-2021-1990800> [19.10.2024].

nalsozialismus gefährdet werden.⁴⁷ Der Erhalt an das NS-Regime erinnernder, denkmalgeschützter Gebäude und der Unterhalt von Gedenkstätten zählen zu den Aufgaben, die aus der historischen Verantwortung heraus ein gemeinsames Engagement staatlicher Institutionen und gesellschaftlicher Organisationen erfordern.

Dass Ausgrenzungsideologien wie Nationalismus, Rechtspopulismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus sowie antiliberalen, autokratische Herrschaftsformen erstarken, fordert die Gedenkstättenarbeit in ungekanntem Maße heraus. In einer Situation schwindender Gewissheiten wird seit Mitte der 2010er-Jahre die in den letzten vier Jahrzehnten in einem mühsamen Prozess gesellschaftlicher Verständigung erstrittene bundesdeutsche Erinnerungskultur besonders von dem erstarkenden Rechtspopulismus und Rechtsextremismus infrage gestellt. Die Umdeutung und eingeforderte Neuverhandlung von Geschichte sind hierfür zentrale Instrumente. Infolgedessen sehen sich Gedenkstätten verstärkt mit einer Delegitimierung ihrer Arbeit konfrontiert. Im Zuge der Corona-Pandemie haben sich seit 2020 zudem besonders im Internet systematische Desinformation und Verschwörungsideologien, nicht selten mit antisemitischen Untertönen, ausgebreitet. Gesellschaftliche Polarisierungen und Demokratieverdrossenheit haben zugenommen.

Gedenkstätten rufen ins Bewusstsein, wohin ein Aufgeben der Demokratie und des Rechtsstaates, wohin Rassismus und Antisemitismus, wohin Chauvinismus und Herrenmenschentum, wohin Krieg und Unterdrückung der überfallenen Nachbarvölker geführt haben.⁴⁸ Daher werden sie intern wie auch von außen verstärkt aufgefordert, sich zu aktuellen Fragestellungen zu äußern.

Aktuell prägt der Anstieg von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus in Deutschland seit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und dem darauf folgenden Krieg die Arbeit von Gedenkstätten in einem erheblichen Maße. Infolge der Kriege im ehemaligen Jugoslawien, des Zerfalls der Sowjetunion und des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sehen sich Gedenkstätten aber auch mit Fragen bezüglich der (Um)-Deutung des Zweiten Weltkriegs und seiner Opfer konfrontiert. So werden aus der ehemaligen Sowjetunion und aus dem ehemaligen Jugoslawien ins nationalsozialistische Deutschland verschleppte Gefangene dem Bedürfnis der postsozialistischen

⁴⁷ Die KZ-Gedenkstätte Neuengamme ist deshalb auch Teil der Initiative „Elf zu Null – Hamburger Museen handeln“, die Strategien entwickelt, damit die Hamburger Museen und Gedenkstätten den Vorgaben entsprechend die CO₂-Ausstöße bis zum Jahr 2030 halbieren können. Vgl. 11 ZU 0 HAMBURGER MUSEEN HANDELN, <https://elfzunull.de/> [19.10.2024].

⁴⁸ Vgl. Gegenwartsbezüge in der Gedenkstättenarbeit, Positionspapier der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen, <https://www.gedenkstaetten-hamburg.de/de/stiftung> [19.10.2024].

Staaten folgend „renationalisiert“, um den Nachfolgestaaten ein eigenes Gedenken zu ermöglichen.⁴⁹

Viel diskutiert wird derzeit zudem die Frage, wie die Erinnerung an das koloniale Erbe in einer Gedenkkultur verankert werden kann, die sich bisher stark auf den Nationalsozialismus und das DDR/SED-Unrecht konzentriert. Hier liegt eine wesentliche Herausforderung darin, die in dieser historischen Epoche verübten Verbrechen mit denen der nachfolgenden Epochen in eine den jeweiligen historischen Besonderheiten gerecht werdende Beziehung zu setzen.⁵⁰

5. Fazit und Ausblick

Gedenkstätten dienen nicht dazu, die Gesellschaft, beziehungsweise Institutionen, Unternehmen und Verbände mit NS-Belastungen in den Jahren 1933 bis 1945 von ihrer jeweiligen Verantwortung zu entlasten. Bei Orten mit NS-Vergangenheit müssen die öffentlichen Interessen eines angemessenen und würdigen Umgangs von der gesamten Gesellschaft getragen werden. Gedenkstätten sind Zeugen einer Zeit, deren Auswirkungen sich tief in die Menschheitsgeschichte eingegraben haben. Soweit sie sichtbar und lesbar gemacht werden, können es wichtige, mitunter auch schmerzhaft, historische Wegmarken und zugleich bedeutsame Lernorte in und für die Gegenwart sein. In ihrer Bewahrung und Erschließung spiegelt sich das jeweilige gesellschaftliche Interesse, der Wert, den sie für die Nachwelt darstellen. Die Orte bleiben nur präsent, solange sie im öffentlichen Bewusstsein als Orte der historischen Wissensvermittlung, der Aufklärung und des reflektierten Umgangs mit der eigenen Vergangenheit wahrgenommen werden.

Blickt man vor diesem Hintergrund auf den Umgang Hamburgs mit den NS-Verbrechen von 1945 bis in die Gegenwart, so lassen sich viele positive Entwicklungen konstatieren. Gerade zur Verbindung zwischen Wirtschaft und Politik im Nationalsozialismus gibt es in der öffentlichen Erinnerungskultur jedoch noch zahlreiche Leerstellen. Die Beteiligung der Hamburger Wirtschaftseliten an der verbrecherischen nationalsozialistischen Politik ist zwar in den

⁴⁹ Vgl. hierzu am Beispiel der KZ-Gedenkstätte Neuengamme die Diskussion um die Erweiterung des Internationalen Mahnmals: „Zeitschichten“. Bericht vom Kolloquium zur Überarbeitung des Internationalen Mahnmals in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, vom 17.10.2023, <https://www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de/nachrichten/news/zeitschichten-bericht-vom-kolloquium-zur-ueberarbeitung-des-internationalen-mahn-mals-in-der-kz-gedenkstaette-neuengamme/> [19.10.2024].

⁵⁰ Die Überarbeitung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes und deren künftiger Ausrichtung war zentraler Gegenstand der 59. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages am 26. Juni 2024, vgl. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw26-pa-kultur-und-medien-59-sitzung-1008800> [19.10.2024].

letzten Jahren stärker in den Fokus wissenschaftlicher Aufarbeitung gerückt, doch findet diese Aufarbeitung bisher nur einen geringen Niederschlag im öffentlichen Gedenken. Dies liegt auch daran, dass sich komplexe wirtschaftliche Zusammenhänge und Entwicklungen einer einfachen Darstellung und Deutung entziehen.

Hinzu kommt, dass in der Gedenkstättenarbeit und in der Erinnerungskultur in den letzten Jahrzehnten das Schicksal der Verfolgten ins Zentrum gerückt und die Haltung der Mehrheitsgesellschaft jenseits der unmittelbar an Massenverbrechen Beteiligten in der Erinnerungskultur in den Hintergrund getreten ist. Zudem wird die großstädtische Erinnerungskultur von vielfältigen Akteur*innen mit unterschiedlichen Interessenlagen geprägt, die stärker als in ländlichen Räumen in einem mitunter auch kontroversen Dialog stehen.

Für die Zurückhaltung bezogen auf die Integration der NS-Belastung von Hamburger Unternehmen in das öffentliche Erinnern ist zu berücksichtigen, dass Hamburg bis in die Gegenwart eine bedeutende Handelsmetropole ist, in der die traditionelle Nähe von Wirtschaft und Politik in Teilen fortbesteht. Da Hamburgs Wirtschaft für den nationalsozialistischen Staat gerade während des Zweiten Weltkriegs von reichsweiter Bedeutung war, wäre es wichtig, die bestehenden Desiderate in der künftigen Ausrichtung der Weiterentwicklung auch in der Gedenkstättenarbeit verstärkt in den Blick zu nehmen und die Verbindung zwischen Handelsinteressen und nationalsozialistischer Expansionspolitik, aber auch das koloniale Erbe künftig stärker zu berücksichtigen. Dabei müssen nicht nur die konkreten Formen der Teilhabe und des Profits an Verbrechen von Unternehmen und Betrieben benannt, sondern auch deren Umgang damit nach 1945 dargestellt werden. Ein aktuelles und vieldiskutiertes Beispiel stellt die Beteiligung des Logistikunternehmens Kühne + Nagel an der Arisierung jüdischen Eigentums dar, die in Hamburg wenig beachtet wird.⁵¹

Ein geeigneter Ort für die Darstellung der kriegswirtschaftlichen Beteiligung an Verbrechen sind – neben dem bereits erwähnten Deutschen Hafenumuseum, das sich im Aufbau befindet – die denkmalgeschützten Lagerhäuser am Dessauer Ufer im Hamburger Hafengebiet. Hier könnte die Beteiligung der reichsweit bedeutsamen Hafengewirtschaft an den NS-Verbrechen ein zentraler Bestandteil der Darstellung in einer Gedenkstätte werden, die im Lagerhaus G entwickelt werden soll.⁵²

⁵¹ Saskia Aleythe, NS-Vergangenheit: Wie geht Klaus-Michael Kühne mit der Geschichte seiner Firma um? In: Süddeutsche Zeitung, 16. September 2024, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/klaus-michael-kuehne-lux.SqDrMjmbvCiVuTmqkBv1wC?reduced=true> [29.10.2024].

⁵² Das Lagerhaus G am Dessauer Ufer. Ein ehemaliges Außenlager des KZ Neuengamme auf dem Kleinen Grasbrook, hrsg. von der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen und der Studentischen Forschungsgrup-

Oliver von Wrochem, geb. 1968, Prof. Dr., Historiker; Vorstand der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen und Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Forschungsschwerpunkte: Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg, Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, Strafverfolgung von NS-Gewaltverbrechen. Ausgewählte Publikationen: Die Erinnerung an NS-Täterschaften und Verfolgungserfahrungen in Deutschland. Erzählmuster, Widersprüche, Konkurrenzverhältnisse, in: Thomas Köhler u. a. (Hrsg.), Polizei und Holocaust: eine Generation nach Christopher Brownings Ordinary Men, Paderborn 2023; (Hrsg. mit Habbo Knoch), Entdeckendes Lernen. Orte der Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen, Berlin 2022; (Hrsg.), Deportationen dokumentieren und ausstellen. Neue Konzepte der Visualisierung von Shoah und Porajmos, Berlin 2022.
oliver.vonwrochem@gedenkstaetten.hamburg.de

pe Dessauer Ufer am Arbeitsbereich Public History der Universität Hamburg, Hamburg 2022, vgl. <https://gedenkstaetten-in-hamburg.de/gedenkstaetten/zeige/gedenktafeln-am-lagerhaus-g-kz-aussenlager-dessauer-ufer> [19.10.2024].